Nr. 145a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
21. März 1903

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Die Erörterung geht über zum Etat des Kultusministeriums, Elementarunterrichtswesens (Entschädigung an Elementarlehrer und Lehrerinnen für die Theilnahme an amtlichen Kreiskonferenzen 616,588 Mark; widerrufliche persönliche Zulagen an Lehrer und Lehrerinnen in der Ostmark 1,000,000, Remunerationen an Lehrer und Lehrerinnen in gemischtsprachigen Landestheilen 200,000 und Dispositionsfond für das Elementarunterrichtswesen 342,000 Mark).

Hierzu liegt ein Antrag Ernst (fr. Vg.) vor: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, allen Volksschullehrern und Volksschullehrerinnen in den Provinzen Posen und Westpreußen eine feste, nur im Wege der Disziplinaruntersuchung entziehbare, pensionsfähige jährliche Zulage von 300 Mark aus Staatsmitteln zu gewähren. Die Pensionsfähigkeit der Zulage soll nur dann stattfinden, wenn die pensionierten Lehrpersonen ihren Wohnsitz in den Provinzen Posen und Westpreußen behalten.

Ein Antrag der Abgg. v. Tiedemann und Gamp (freik.) will Mittel für den nächstjährigen Etat zur Verfügung gestellt haben, um allen sowohl in Posen und Westpreußen als auch in den gemischtsprachigen Gegenden der Regierungsbezirke Breslau und Oppeln definitiv angestellten Volksschullehrern und Lehrerinnen eine widerrufliche persönliche Zulage von 300 Mark zu gewähren, die bei der Pensionierung in Anrechnung zu bringen ist, solange sie in den bezeichneten Landestheilen ihren Wohnsitz nehmen; auch soll den Lehrern und Lehrerinnen an den staatlichen Mittelschulen eine Zulage von 10 Prozent ihres Gehalts gewährt werden.

Ein Antrag des Abg. Dr. Friedberg (natl.) lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die widerruflichen Beihilfen mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die persönliche, nicht pensionsfähige, widerrufliche Zulage nach fünfjähriger ununterbrochener dienstlicher Tätigkeit 300 Mark beträgt.

Ein Antrag der Abgg. Dr. Krieger-Königsberg-Keruth u. Gen. (fr. Vp.) hat folgenden Wortlaut:

In Anerkennung, daß die Berufsarbeit der Lehrer und Lehrerinnen in den gemischtsprachigen Landesteilen eine schwierigere ist als in einsprachigen, unter Ablehnung der beantragten sogenannten Ostmarkenzulage die Staatsregierung aufzufordern, noch in dieser Session durch besondere Vorlage die notwendigen Mittel nachzufordern, um den Lehrern in allen gemischtsprachigen Landesteilen unwiderrufliche Gehaltszulagen gewähren zu können.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Winckler) beantragt unveränderte Genehmigung der Regierungsforderungen.

Abg. **Letocha** (Ctr.)

spricht eingehend über die oberschlesischen Schulverhältnisse.

Abg. **v. Löbell** (kons.):

Wir verkennen nicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht einwandfrei sind; aber diese Bedenken sind nicht derartig durchschlagend, daß wir zur Ablehnung kommen könnten. Wir bitten die Regierung, bei der Ausführung der Maßnahmen nicht engherzig vorzugehen und die Beschränkung auf gewisse Landesteile nicht allzu einzuengen. Die Zulagen sollen auch nicht nur einmal, sondern möglichst dauernd gegeben werden. Wenn in den ehemals polnischen Landesteilen noch kein Friede eingetreten ist, so liegt das daran, daß die Polen den Unfrieden immer schüren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Meine Freunde erkennen die Notwendigkeit an im Interesse der Erhaltung des Deutschtums im Osten, den Lehrern für ihre schwierige Aufgabe besondere Anerkennung zuteil werden zu lassen. Uns scheint aber, daß die Regierung die Zulage zu niedrig bemessen hat, als daß deutsche Lehrer aus anderen Provinzen dadurch sich verleiten lassen könnten, nach Posen und Westpreußen zu gehen. Aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag gestellt. Die eine Ausdehnung der Zulage auf andere Kreise bezweckenden Anträge bitte ich abzulehnen. Ich glaube, wir tun nicht gut daran, die Regierung hierzu zu drängen. Aber wenn die Regierung zu der Ueberzeugung kommt, daß es zweckmäßig ist, die Zulage auf andere Kreise auszudehnen, so wird sie bei unseren Freunden auf Zustimmung rechnen können. Natürlich muß sie, um eine solche Ausdehnung durchsetzen zu können, erst die Genehmigung des Landtages nachsuchen. Unser Antrag bezweckt die Erhöhung der Zulage auf 300 Mark. Ich glaube, diese Ausgabe kann der preußische Staat sich leisten, wenn er hierfür einen seßhaften guten Lehrerstand erhält. Auf die Frage der Widerruflichkeit will ich hier nicht von neuem eingehen. In der Kommission hat der Finanzminister dargelegt, daß eine Erhöhung der Zulagen für die Lehrer eine Mißstimmung unter den anderen Beamten hervorrufen würde. Aber im allgemeinen sind doch die Lehrergehälter viel niedriger als die der mittleren Beamten, und zweitens haben die Lehrer eine weit schwierigere und verantwortlichere Stellung als andere Beamte. Es gibt gewisse Beamte, die von den Unbequemlichkeiten, die die Vorlage uns Lage setzt, garnicht berührt werden, während für den Lehrer die Unbequemlichkeiten in schärfstem Maße hervortreten. Vor dem Antrage Tiedemann verdient unser Antrag deshalb den Vorzug, weil er die Lehrer nicht auf die Zukunft verweist. Was Du tun willst, tue gleich! Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. Noch ein Wort zu dem Herrn v. Glembocki. Ich glaube, wenn ein Franzose im französischen Parlamente eine solche Rede halten würde, so würde das einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. (Sehr richtig!) Daß wir eine solche Rede ertragen und bis zum Schluß anhören, ist ein Beweis der deutschen Großmut und Langmut. (Sehr richtig!) Ich glaube, Herr v. Glembocki tut gut daran, dies bei Zeiten zu begreifen, denn sonst könnte er auch einmal erleben, daß die Geduld der Deutschen reißt. (Beifall.)

Kultusminister Dr. **Studt**:

In der Frage der Widerruflichkeit verweise ich auf das, was der Finanzminister gestern gesagt hat. Die Zulagen für die Lehrer hängen zusammen mit den Zulagen für die Beamten. Auf die Widerruflichkeit können wir daher nicht verzichten. Nicht nur die deutschen, auch die polnischen Lehrer sind den größten Gehässigkeiten ausgesetzt, wenn sie sich nicht an der polnischen Propaganda beteiligen. Die Beweggründe der verschiedenen Anträge verkennen wir nicht, sie rollen aber die Lehrerbesoldungsfrage wieder auf; darauf kann sich die Regierung nicht einlassen. Aus diesen und aus allgemeinen finanziellen Gründen kann die Regierung den Anträgen nicht zustimmen. Ich kann zur Beruhigung der Antragsteller noch darauf hinweisen, daß auch in verschiedenen anderen Etatsteilen Remunerationen für Lehrer in gemischtsprachigen Gegenden vorgesehen sind. Eine Ausdehnung dieser Maßregel auf den Regierungsbezirk Oppeln ist nicht notwendig. Mit den Remunerationen können wir treue Pflichterfüllung belohnen und bei Unglücksfällen helfend einspringen. (Beifall.)

Abg. **v. Tiedemann** (freik.):

Sämtliche Mitglieder meiner Fraktion, die in Posen, Westpreußen und Schlesien gewählt sind, stehen auf dem Standpunkte meines Antrages. Sie wollen der Ostmark einen tüchtigen Lehrerstand erhalten und — soweit sie ihn noch nicht hat — verschaffen. Aber nicht allein für die Provinzen Posen und Westpreußen glaubten wir diese Zulagen bewilligen zu sollen, sondern auch für die gemischtsprachigen Gegenden in Mittel- und Oberschlesien. Weiter sagten wir uns, daß aus den Mittelschulen viele Handwerker, kleine Kaufleute und mittlere Beamten hervorgehen. Auch diese Schulen verdienen in jeder Beziehung Förderung. Besser man aber die Volksschullehrern auf, so verhindert man, daß gute Kräfte von Volksschullehrern an die Mittelschulen übergehen, man diskreditiert dadurch die Mittelschulen. Deshalb halten wir es für nötig, auch den Lehrern und Lehrerinnen der Mittelschulen diese Zulagen zu gewähren. Halbe Maßregeln sind verfehlt. Die Vorschläge der Staatsregierung genügen nicht. Es muß ganze Arbeit geleistet werden. Und wir sind der Meinung, daß das mit der Annahme unseres Antrages erreicht wird. Wir haben mit Absicht die Karenzzeit in unserem Antrage weggelassen, weil wir hoffen, daß gute Lehrkräfte aus dem Westen in diese Gegenden kommen werden. — Bei der vorgerückten Stunde will ich auf die Widerruflichkeit nicht mehr eingehen, ich bleibe bei dem, was ich gestern ausgeführt habe. Ich beschränke mich nur noch darauf, nochmals zu bitten, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Abg. **Kindler**-Posen (fr. Vp.)

polemisiert gegen die Widerruflichkeit unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Abg. Ehlers. Ein Wechsel soll nach den Worten des Ministerpräsidenten durch diese Vorlage eingelöst werden; aber einen solchen löst man ohne Bedingung ein. Hier aber sollen die Beamten den Wechsel mit Gesinnungstüchtigkeit bezahlen. Wenn Gesinnungstüchtigkeit nichts anderes sein soll als treue Gesinnung, so ist sie selbstverständlich. Darum braucht sie nicht erst besonders belohnt zu werden und zumal noch mit einem solchen Trinkgeld, das in diesem Falle nur Neid und Mißgunst erregt. Wir sind auch der Meinung, daß die Schule in der Ostmarkenpolitik tätig mithelfen muß. Die Regierung verkennt immer noch den Wert der Simultanschulen; konfessionelle Schulen tragen nicht zum Frieden unter der Bevölkerung, den wir da so notwendig gebrauchen, bei. Wir müssen auch sonst für die Lehrer in sozialer Beziehung eintreten, man muß die Alterszulagen erhöhen, um dem Lehrermangel, der besonders in der Provinz Posen sich fühlbar macht, abzuhelfen. Zu diesem Zwecke ist es auch notwendig, die Widerruflichkeit aufzuheben, worum ich nochmals bitte. (Beifall links.

Abg. **Ernst** (fr. Vg.)

begründet seinen Antrag, ist aber bei der Unruhe des Hauses sehr schwer verständlich.

Die festen Zulagen seien sehr notwendig für die jungen Lehrer, die nur 800 Mark Anfangsgehalt bezögen und mindestens 60 Mark notwendige Ausgaben im Monat hätten. Der Redner schildert in eingehender Darstellung die Schwierigkeiten, mit denen die Lehrer im Osten zu kämpfen haben, und kommt dabei auf die Ueberfüllung der Klassen zu sprechen. Hierbei unterbricht ihn der Präsident mit der Bemerkung, daß diese statistischen Zahlen das Haus nicht interessierten, da die Zulagen an Lehrer in überfüllten wie nicht überfüllten Klassen gegeben würden. (Heiterkeit.) Der Redner erklärt aber, daß diese Ausführungen zur Begründung seines Antrages nötig seien, und fährt in seinen Darlegungen fort. Die Unruhe im Hause steigert sich; als der Präsident um Ruhe bittet, entsteht große Heiterkeit. Als der Redner geendet, erschallt ironisches Bravo von den Bänken der Rechten.

Finanzminister **v. Rheinbaben**:

Ich verzichte darauf, so lange Ausführungen zu machen wie der Vorredner. (Beifall.) 60 Prozent der Lehrer werden sofort in den Genuß der Zulage von 200 Mark kommen. (Hört, hört!) Das ist doch mehr als nichts. Der Antrag Ernst würde 2 Millionen Mark Mehrausgaben verursachen, das kann der Staat sich nicht leisten. Wenn die Lehrer hier 300 Mark Zulage und im Osten 800 Mark Grundgehalt erhalten, so wird die Unzufriedenheit in Lehrerkreisen gesteigert und erneuter Agitationsstoff zur Aufrollung der Lehrerbesoldungsfrage gegeben. Aus diesen Gründen sind alle Anträge für die Regierung unannehmbar.

Abg. **Gamp** (freik.):

Die Ausführungen des Abg. Ernst haben wir alle gekannt, er hätte uns diese lange Rede nicht zu halten brauchen. (Beifall und sehr richtig!) Wenn der Staat jetzt 12 Millionen Mark für Luxuszüge ausgiebt, sollte der Staat auch einmal 20 Millionen Mark für die Lehrer ausgeben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Jazdzewski** (Pole, mit Zurufen empfangen,

die Sitzung dauert bereits über 6 Stunden):

Meine Herren! Hören Sie nur meine kurzen Ausführungen an, ich werde Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Der Abg. Glenbocki hat sich heute zu einer scharfen Kritik der Polenpolitik hinreißen lassen, das ist richtig. Aber Sie können es einem Abgeordneten, der ein Gefühl für die Ungerechtigkeit dieser Politik hat, nicht verdenken, wenn die Schärfen einschneidender Politik der Regierung scharf kritisiert. Wir wollen den Frieden mit der Regierung, aber der deutsche Chauvinismus vergiftet unser Leben. Eine solche Politik wäre in Frankreich unmöglich. (Unruhe und Zurufe.) Wir können für die Forderungen nicht stimmen, weil sie eine politische Spitze enthalten. Wenn man durch die grundverkehrte Regierungspolitik die Lehrer in Gegensatz zur Familie und Kirche stellt, so untergräbt man ihre Stellung. Das ist geschehen, und das kann keine Zulage von 120 oder 300, selbst von 500 Mark wieder gut machen. Auf diesem Wege werden die Lehrer nicht zufrieden gemacht. Die Widerruflichkeit der Zulage wird zum Denunziantentum führen. Unsere Fürsorge für die Lehrer haben wir bei dem Lehrerbesoldungsgesetz gezeigt. (Beifall bei den Polen.)

Kultusminister Dr. **Studt**:

Die Lehrer spielen in den Gemeinden nur insofern eine Rolle, als sie polnische Agitation treiben. (Aha! rechts. Lachen bei den Polen.) Diese Lehrer wollen deutsche katholische Kinder polonisieren. (Lachen bei den Polen.) Daß die Lehrer von der Kirche getrennt werden, entspricht nicht den Intentionen des Ministeriums, aber die Sache liegt doch anders. Wer steht an der Spitze der Bestrebungen, die die polnischen Landesteile von Preußen lostrennen wollen? Die Geistlichen! Wer steht an der Spitze des Agitationskomitees in Wreschen, der Prämien auf die Unbotmäßigkeit der Eltern gegen die Lehrer setzt? Zu diesem Komitee gehört auch ein Mitglied dieses Hauses. Das ist die Wahrheit! (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Erörterung wird angenommen.

Die Abgg. **v. Oldenburg** (kons.) und **Staudy** (kons.) stellen fest, daß ihnen durch den Schluß der Erörterung das Wort abgeschnitten ist.

Die Titel werden bewilligt gegen die Stimmen des Centrums, eines Teils der Freisinnigen und der Polen. Die Anträge Friedberg, Keruth und Ernst werden abgelehnt; über die Behandlung des Antrages v. Tiedemann entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungserörterung.

Abg. **v. Tiedemann** (freik.)

beantragt in dieser Erörterung, den Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Unter stürmischer Heiterkeit des Hauses wird der Antrag abgelehnt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

288. Sitzung vom 20. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Freiherr v. Richthofen.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Auswärtigen Amts, Titel Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. **Bernstein** (soz.):

Mein Kollege Grabnauer hat die allgemeine äußere Politik behandelt; ich gehe dagegen auf die Stellung ein, die die Regierung den Anarchisten gegenüber einnimmt. Sie hält es für berechtigt, daß die russische Regierung hier Spitzel zur Ueberwachung der Anarchisten hält. Dagegen muß ich aus zwei Gründen protestieren: Erstens kann man nicht wissen, was sie bei ihrem geistigen Horizont alles für Anarchisten hält, und zweitens locken die Spitzel auch so manchen Unschuldigen ins Garn. Der Abgeordnete Hasse hat über die Stimmung in England gesprochen. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß der Deutschenhaß in England nur eine Folge des Brotneids sei. Das zu glauben, möchte ich das deutsche Publikum warnen. Daß unsere deutsche Zollpolitik, die sich gegen die englischen Waren abschließt, während die deutschen Waren frei nach England eingehen dürfen, uns in England keine Freunde wirbt, ist ja erklärlich. Aber Amerika macht das geradeso wie Deutschland, und doch ist es nicht so verhaßt wie Deutschland. Nein, dazu sind die Engländer zu nüchtern, sie haben sich an die deutsche Konkurrenz seit Jahren gewöhnt. Die Schuld an der englischen Verstimmung trägt allein die alldeutsche Hetze. Den Völkern geht es mit ihren Mißtrauen wie den beiden römischen Streitsüchtigen, die sich erst gegenseitig mit Wüchse beschmieren und dann, nachdem sie diese aufgebraucht haben, miteinander kämpfen. Der Ansicht des Reichskanzlers, daß der jetzige Vorschlag zur Lösung der macedonischen Frage glücklich sei, kann ich mich nicht anschließen. Das Wichtigste ist dort eine Steuerreform und eine Reform der Polizei. Die entsetzliche Mißwirtschaft lähmt dort jeden Unternehmungsgeist und Fortschritt. Aus sich selbst heraus können die Verhältnisse im Balkan nicht besser werden. Es ist nicht sowohl der böse Wille als die Unfähigkeit des Sultans, die jeden Fortschritt entgegensteht. Nur eine europäische Kontrolle kann helfen. Deutschland ist Mitunterzeichner des Berliner Vertrages; es hat für die Durchführung der Bestimmungen einzustehen. Die französische Regierung hat mehr Sympathien für die unterdrückten Völker als Deutschland.

(Reichskanzler Graf v. Bülow erscheint im Saal.)

Das europäische Konzert müßte zusammentreten und ein Programm ausarbeiten. Am schlimmsten steht es in Armenien. 1878 sind schon Reformen versprochen. Sind sie erfolgt? Bis heute nicht. Metzeleien haben wir erlebt, Tausende sind hingemordet, sodaß selbst das kühlste Herz bewegt werden mußte, obgleich der Sultan Lord Salisbury sein Ehrenwort gegeben hatte, daß Reformen eingeführt werden sollten. Heute finden keine Gewalttaten in Massen statt, aber trotzdem wird gemordet und gemetzelt. Das armenische Volk kann jetzt keinen Widerstand mehr leisten, einzeln werden die Armenier hingemordet. (Der Abgeordnete Dr. Jaeke unterhält sich während dieser Rede längere Zeit lebhaft mit dem Reichskanzler.) Daß Rußland in Armenien nicht vorgehen will, ist erklärlich. Warum gibt Deutschland nicht die Anregung? Es gibt aber noch ein anderes Volk, dem die bürgerlichen Rechte vorenthalten werden. Das sind die Juden Rumäniens. Der rumänische Staat verdankt sein Bestehen der Hilfe Europas. Europa hat als Preis dafür eine humane Behandlung der jüdischen Bevölkerung gefordert. Die rumänischen Politiker sind ihrem Wort noch weniger treu geblieben als die Türkei. In der Türkei erschweren die Umstände die Erfüllung, in Rumänien ist es böser Wille. Es handelt sich bei einer Bevölkerung von 6 Millionen Rumänen um 370,000 Juden, und die große Masse derselben sind Handwerker und Arbeiter, also Proletarier im vollsten Sinne des Wortes. Die Erwerbstätigkeit der Juden ist überall beschränkt. Dabei redet sich Rumänien, das eine sehr liberale Verfassung hat, mit der dem Orientalen eigenen Schlauheit damit heraus, daß es die Juden garnicht anders behandle als andere Menschen, daß man nur für die Fremden eine Ausnahmestellung schaffe. Europa sieht diesem Gebaren zu unter der Devise: Ruhe und Frieden. Militärdienste müssen die Juden leisten, aber sie dürfen nicht einmal Unteroffiziere werden, sie dürfen nicht Apotheker, Aerzte, Rechtsanwälte werden und müssen noch Extrasteuer zahlen. Im vorigen Jahre hat man sogar ein Gewerbegesetz eingebracht, das bestimmt, daß die Juden, die den Handwerkerstand bilden, nicht in die Handwerkerkammern kommen dürfen. Und da sieht Europa ruhig zu und erhebt keinen Protest. Warum sorgt der Reichskanzler nicht dafür, daß der Berliner Vertrag durchgeführt wird? So handelt Rumänien, das fortwährend den deutschen Kredit in Anspruch nimmt. Nun, ich erkenne an, daß Deutschland Rücksicht zu nehmen hat, aber diese Grenze haben. Deutschland ist sehr selten dabei gewesen, wenn es galt, einem Volke die Freiheit zu geben. Das zeigt die Geschichte, es hat vielmehr zur Unterdrückung beigetragen. Heute richten wieder hilfesuchende die Unterdrückten ihre Augen auf das starke deutsche Reich. Es heißt mit einem Dichterwort jetzt von den Juden: „Verkauft, verkauft und wiederum verkauft von dem berühmten Wormser Handelsmann!“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Oertel** (kons.):

Jetzt hat Europa den Protest gehört und wird sich danach zu richten haben. (Heiterkeit.) Der Vorredner hat mit Ausdrücken gegen Rumänien nicht gekargt. Es fragt sich, ob wir im Reichstage das Recht haben, zu protestieren. Der Berliner Vertrag gibt ein gewisses Recht. Die rumänische Regierung ist aber der Meinung, nicht dagegen verstoßen zu haben, und die anderen Unterzeichner des Vertrages auch nicht. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung hat keine Gegenliebe gefunden. Wenn die Absicht bestehen sollte, in Macedonien und Bulgarien einzugreifen, dann würden die Herren von der Linken die Kosten jedenfalls entschieden ablehnen. Wir wollen bei der guten Gepflogenheit bleiben, nicht in die inneren Angelegenheiten der fremden Mächte uns einzumischen. Der Anarchismus muß überwacht werden. Die theoretischen Anarchisten dürfen nicht zu praktischen Anarchisten werden; dafür müssen wir sorgen. — Da der Abg. Hasse heute durch eine traurige Nachricht verhindert ist, zu sprechen, will ich nur noch ein Wort über die England-Hetze sagen. Es ist hüben und drüben gesündigt. Ich will nicht alles in Schutz nehmen, was in deutschen Zeitungen geschrieben ist. Besonders herzliche Sympathien für den Vetter jenseits des Kanals haben wir eben nicht, wir wollen sie auch nicht heucheln. Es fällt uns aber auch nicht ein, über England herzufallen. Die sozialdemokratischen Blätter haben sich aber während des Burenkrieges ebenso ausgesprochen wie die übrigen Zeitungen. Der Abg. Dr. Paasche meinte, ich hätte keine Censur üben dürfen. Darf ich denn nach Ansicht des Abg. Dr. Paasche nur eine gute Censur erteilen, aber keine leidliche oder schlechte? Diese Abart des beschränkten Untertanenverstandes geht doch selbst für einen Liberalen etwas weit. Die Wirksamkeit der Diskontogesellschaft war keine große Kulturtat. Sie in erster Linie zu vertreten, hatte der Reichskanzler keine Veranlassung. Zuletzt kam da die deutsche Ehre in Betracht, auf die wir Rücksicht nehmen mußten. Der Abg. Schrader sprach davon, daß man mit Interviews vorsichtiger sein soll, das sei nur Sensationsmache. Ganz meine Ansicht. Der Abg. Schrader sollte nur seinen Einfluß auf die ihm nahestehende Presse geltend machen, die dies zu ihrer Spezialität gemacht hat. Bezüglich des Interviews frage ich, weshalb ist das Dementi nicht früher veröffentlicht worden? Wenn gesagt wird, die amerikanischen Blätter hätten das Interview anders gebracht als das „Berliner Tageblatt“, so befriedigt das nicht. Im übrigen wünsche ich dem Herrn Speck v. Sternburg noch eine weitreichende, günstige Karriere. Möge er aus dem Vorkommnis die Lehre ziehen, daß man vor Journalisten nur mit großer Vorsicht sprechen darf. Wir verlangen von dem Reichskanzler nicht, daß er immer die Kürassierstiefel